

**Regierungserklärung
von Ministerpräsident Kurt Beck**

**„Für unser Land: Arbeitsplätze sichern –
Unternehmen unterstützen – nachhaltig investieren“**

**- Sonderprogramm des Landes zur Umsetzung des
Konjunkturprogramms II in Rheinland-Pfalz -**

Es gilt das gesprochene Wort

Sperrfrist: Redebeginn

Staatskanzlei Rheinland-Pfalz, Mainz, den 4. Februar 2009

Ich danke dem Landtag für die Änderung der Tagesordnung aus gegebenem Anlass.

Die heutige Landtagssitzung ist der besonderen finanz- und weltwirtschaftlichen Situation geschuldet. Ihr bedenkliches Gesamtausmaß können wir alle noch nicht vollständig ermessen. Fest steht: Wir befinden uns in einer Finanzmarktkrise, deren Ausmaß in der Nachkriegszeit einmalig ist. Wie lange die Krise dauert und welche Spuren sie am Ende für die Menschen, die Unternehmen, die Volkswirtschaften hinterlässt, hängt auch davon ab, wie entschlossen und zielgerichtet wir staatlicherseits darauf reagieren.

Wir haben als erstes Land schon im Herbst 2008 ein eigenes Programm zum Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und der Betriebe in besonders betroffenen Branchen beschlossen. Auch haben wir das Konjunkturpaket I des Bundes und der Länder im Dezember unterstützt. Jetzt unterstützen wir das Konjunkturpaket II. Wir werden das Investitionsprogramm in Rheinland-Pfalz zusammen mit den Kommunen zügig, zielgenau und effektiv umsetzen.

Dazu gehört

- Arbeitsplätze zu sichern,
- wichtige Zukunfts- und Bildungsinvestitionen früher zu realisieren
- und die Infrastruktur der Kommunen zu modernisieren.

Die Bürgerinnen und Bürger erwarten mit Recht in dieser Krise:

Alle Politikerinnen und Politiker müssen sich an der Lösung der Probleme verantwortungsbewusst beteiligen. Ich appelliere an alle Fraktionen im Landtag: Begleiten Sie konstruktiv die Umsetzung des Investitionspaketes in Rheinland-Pfalz.

I. Grundsätzliche Haltung des Landes

Zunächst will ich die grundsätzliche Haltung des Landes skizzieren. Wir befinden uns in einer Weltwirtschaftskrise, deren Ursache eine internationale Finanzwirtschaft ohne Regeln ist: Zuwenig oder keine staatliche Bankenaufsicht, keine Selbstkontrolle und nationale und internationale Verflechtungen von Bankinstituten in unvorstellbarem Ausmaß. Dazu ein zügelloses Gewinnstreben – das alles hat unsere Volkswirtschaft in eine Krise bisher ungekannter Größe gestürzt.

Die Herausforderungen, vor denen Deutschland jetzt steht, sind groß. Die deutsche Wirtschaft befindet sich trotz guter Verfassung zum Beginn des Jahres 2009 in einer ernstesten Situation. Deutsche Unternehmen – besonders in Rheinland-Pfalz – sind

wegen ihrer Exportorientierung und wegen ihrer starken Stellung auf den Märkten vom weltweit gleichzeitigen Abschwung besonders betroffen.

Im Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung wird für das laufende Jahr ein Rückgang des realen Bruttoinlandsprodukts von mehr als 2% vorausgesagt. Bestandteil der Prognose ist, dass es im Verlauf dieses Jahres bereits wieder zu einer gewissen Erholung der Wirtschaft kommt. Es gilt jetzt, die positiven Anzeichen zu erkennen, auf die eigenen Stärken zu setzen und das Potenzial – dort, wo es nötig ist – durch aktives Handeln der Verantwortlichen zu unterstützen.

Lassen Sie mich an dieser Stelle eines besonders hervorheben:

Rheinland-Pfalz hatte bisher ausgezeichnete und steigende Exportwerte beim verarbeitenden Gewerbe, hauptsächlich in den EU-Raum. Mit einer Exportquote von rund 50% lag unser Land konstant in der Spitzengruppe der Länder. Der Export ist verantwortlich für mehr als 40% des gesamten rheinland-pfälzischen Wirtschaftswachstums. Entsprechend stark wirkt sich der Exportrückgang aus. Gegenüber dem November 2007 sank der Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe gegenüber dem Vorjahresmonat um 40%, in Deutschland um 22,4%. Die Auslandsaufträge sind sogar um 49,6% zurückgegangen, in Deutschland um 30%. Massive Einbrüche der Umsätze in der rheinland-pfälzischen Industrie waren erstmals im November 2008 mit einem Minus von 10% gegenüber dem Vorjahresmonat zu verzeichnen.

In dieser Situation muss sich die rheinland-pfälzische Wirtschaft mit allen Kräften behaupten. Unsere zahlreichen starken Mittelständler sind auf den Weltmärkten so gut vertreten, weil darunter viele innovative und äußerst konkurrenzfähige Unternehmen sind.

Die neuesten Arbeitslosenzahlen zeigen, die Auswirkungen der Krise sind auf dem rheinland-pfälzischen Arbeitsmarkt zu spüren.

Es gibt Branchen, die zum Glück weniger betroffen sind. Aber für die ca. 18.000 Kurzarbeiterinnen und Kurzarbeiter, die zuletzt in Rheinland-Pfalz gemeldet waren, ist die Krise real.

Auch die Frauen und Männer, die über Zeitarbeit beschäftigt waren und deren Arbeitsverhältnis abrupt beendet worden ist, sind direkt betroffen. Sie alle spüren die Krise deutlich: Sie haben weniger Geld im Portemonnaie. Sie machen sich existentielle Sorgen um die Zukunft ihrer Arbeit und ihrer Familien.

Hier will ich hervorheben: Die Entscheidung der Bundesregierung war richtig, die Bezugszeit des Kurzarbeitergeldes auf 18 Monate zu verlängern. Diese Regelung trägt wesentlich zur Entspannung auf dem Arbeitsmarkt bei.

Auch dass Kurzarbeit mit sinnvoller Qualifizierung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verbunden wird, bewirkt: Bei uns im Land gehen diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus der Krise mit verbesserten Voraussetzungen hervor. Das stärkt langfristig die Betriebe. Das alles dient der Überbrückung der schwierigen Zeit.

Wir können die wirtschaftlichen Verhältnisse in unseren Abnehmerländern nicht unmittelbar beeinflussen. Aber wir können den rheinland-pfälzischen Unternehmen helfen, ihre internationale Konkurrenzfähigkeit zu erhalten. Zusätzlich können wir durch unsere landesinternen Programme und vor allem durch Investitionsprogramme die gesamtwirtschaftliche Entwicklung unterstützen und den Binnenmarkt stärken. Dieser Verantwortung werden wir nachkommen.

Die derzeitige Krise ist eine globale Krise. Sie ist nicht isoliert durch ein Land zu bewältigen. Gemeinsames, abgestimmtes Handeln ist erforderlich. Die Europäische Union hat sich hier bewährt. Ohne den Euro und ohne den Binnenmarkt stünde Deutschland in dieser Situation bedeutend schlechter da. Europa hat gemeinsames Handeln verabredet und gleichzeitig die notwendigen Freiräume für nationale Besonderheiten gelassen. Protektionismus würde uns nur tiefer in die Krise führen.

Ich begrüße ausdrücklich die Entscheidung des neuen amerikanischen Präsidenten und von Kongress und Senat, aktiv auf die Krise zu reagieren.

Die Rettungspakete für die Banken, so unwirklich die Summen den Bürgerinnen und Bürgern auch erscheinen – haben eine wichtige schützende Funktion. Es ist ihr Ziel, das Geld der Sparer zu sichern und Unternehmen dringend notwendige Kredite zu ermöglichen. Ohne das Eingreifen des Staates würde der Finanzkreislauf zusammenbrechen. Erhebliche Einbrüche in der gesamten Wirtschaft wären die zwangsläufige Folge.

Wir brauchen neue Regeln, die die Banken weltweit verpflichten, wieder ihre ursprünglichen Aufgaben zu erfüllen: Nämlich für die Bürgerinnen und Bürger sowie die Wirtschaft Finanzdienstleister zu sein.

Wir brauchen neue international abgestimmte Maßnahmen, insbesondere eine bessere Finanzmarktaufsicht, überarbeitete Liquiditätsvorschriften und stärkere Eigenkapitalanforderungen.

Mir ist besonders wichtig:

- Die Spitzen der Unternehmen müssen wieder individuelle Verantwortung übernehmen. Dazu müssen die teilweise einseitig renditeorientiert und risikofördernden Anreiz- und Vergütungssysteme angepasst werden.
- Wir brauchen umfassende Bilanzierungspflichten und eine verbesserte internationale Zusammenarbeit der Aufsichtsbehörden.

Deshalb fordert die rheinland-pfälzische Landesregierung die Bundesregierung auf, eine klare Position bei der Neuordnung der internationalen Finanzmärkte zu beziehen und diese Regeln dann auch durchzusetzen.

Darüber hinaus unterstützt die Landesregierung ausdrücklich die Vorschläge der EU-Kommission nach einer Regulierung der Ratingagenturen. Es kann nicht sein, dass diese an den Gewinnen der Unternehmen, die sie doch prüfen sollen, beteiligt sind. Das bisherige System hat versagt. Ratingagenturen und Banken müssen für finanzielle Schäden haftbar gemacht werden. Auch individuell muss Verantwortung übernommen werden.

Wir benötigen eine europäische Ratingagentur.

Auch muss endlich Schluss sein mit den Steueroasen.

Kurz gesagt: Der Staat muss effizienter kontrollieren und der private Teil des Finanzsektors muss seine originären Aufgaben wahrnehmen. Diese sind: Unternehmen mit Krediten zu versorgen und Privatkunden solide und auf die persönliche Situation zugeschnittene Anlagemöglichkeiten zu bieten. Es zeigt sich jetzt: Das oft kritisierte, von mir aber immer verteidigte dreisäulige Bankensystem in Deutschland ist ein Segen in der Krise. Es bewahrt unsere Volkswirtschaft vor einem noch größeren Schaden.

In der Finanzmarktkrise ist zwar davon auszugehen, dass einzelne Sparkassen und Volksbanken in Rheinland-Pfalz Abschreibungen auf Forderungen und Wertpapiere werden vornehmen müssen. Der Abschreibungsbedarf dürfte aus heutiger Sicht jedoch begrenzt sein, so dass keine rheinland-pfälzische Sparkasse oder Volksbank Hilfen nach dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz in Anspruch nehmen müssen. Es erweist sich als goldrichtig, dass das Land seine Anteile an der Landesbank Rheinland-Pfalz bereits vor 16 Jahren veräußert hat.

Lassen Sie mich an dieser Stelle auch den ungeheuren Renditedruck ansprechen, unter dem die Unternehmen heute stehen. Unangemessene Renditen bedeuten höhere Risiken. Der Renditedruck wird auf dem Rücken der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ausgetragen. Sinkende oder nur mäßig steigende Löhne und

zunehmend prekäre Arbeitsverhältnisse stehen explosionsartig steigenden Managergehältern und Prämiensystemen gegenüber, die fehlorientierend wirken.

Langfristiges und nachhaltiges Wachstum von Unternehmen, Investitionsbereitschaft, Standorttreue, die Sicherung von Arbeitsplätzen, die Weiterbildung in den Betrieben und das ökologische Wirtschaften müssen belohnt werden. Auch Ratingagenturen sollten verpflichtet werden, diese Maßstäbe nachhaltiger Unternehmensführung stärker in die Bewertung einfließen zu lassen.

Die Krise zeigt uns: die Verknüpfung von wirtschaftlicher Verantwortung und sozialer Gerechtigkeit ist unverzichtbar. Die Landesregierung bekennt sich ausdrücklich zur sozialen Marktwirtschaft. Die Verbindung von privater Initiative und Gemeinwohl sind ihr Kern. Dazu gehört auch: Märkte ohne Regeln funktionieren nicht. Alle müssen aus dieser sehr ernsten Lage lernen: Politik, Finanzinstitute und die Wirtschaft sind das den Menschen schuldig. Soziale Marktwirtschaft verbindet wirtschaftliche Stärke mit Wohlstand für breite Schichten. Globale Finanz- und Kapitalmärkte, die keine Grenzen mehr kennen, stellen diese bewährte Ordnung in Frage. Die ausschließliche Orientierung an kurzfristigen und überzogenen Renditen untergräbt den langfristigen wirtschaftlichen Erfolg unserer Unternehmen und unserer Volkswirtschaft. Diese Fehlleitung gefährdet auch den sozialen Zusammenhalt.

Mir bereitet große Sorgen, dass die Teilhabe am materiellen Zuwachs dieser Gesellschaft bis in weite Teile der Leistungsträger hinein nicht angemessen gelingt.

II. Konjunkturpaket I

Wir sind in eine Situation gestellt, die sich mit der Lage eines ins Wasser Gestoßenen vergleichen lässt: Er muss schwimmen, um wieder festen Boden unter die Füße zu bekommen. Deswegen muss jetzt gehandelt werden. Die Auswirkungen der Krise kommen bei den Unternehmen im Land unterschiedlich stark an. Das berichten mir die Firmenleitungen und Betriebsräte. Manche bedürfen der Hilfe, andere nicht. Wie wichtig schnelle und betriebsnahe staatliche Hilfen sind, zeigt der Erfolg unseres Maßnahmenprogramms zur schnellen Hilfe für Unternehmen und Beschäftigte in der aktuellen Finanzkrise. Diese Hilfe haben bereits 425 Unternehmen bei uns angefragt.

Wir helfen kleinen und mittelständischen Betrieben, die durch die Konjunkturkrise unverschuldet in Liquiditätsprobleme geraten. Wir haben den Bürgschaftsrahmen von 400 auf 800 Mio. Euro im Jahr aufgestockt, die Bürgschaftsverfahren beschleunigt, eine Koordinierungsstelle zur Soforthilfe im Wirtschaftsministerium

eingerrichtet und eine regionale sowie unternehmenskonzentrierte Beschäftigungsförderung auf den Weg gebracht.

Die Landesregierung hat außerdem entschieden, dass, auch mithilfe zusätzlicher Bundesmittel, 1,1 Milliarden Euro in diesem und im kommenden Jahr in den Straßenbau investiert werden. Mehr kann realistischweise auch nicht verbaut werden. Das Straßenbauprogramm des Landes wird danach für eine Verstetigung der Auftragslage sorgen.

Wir werden die vorgesehenen Investitionen im Doppelhaushalt 2009/2010 tätigen. Wir wissen: Das Land muss gegenwärtig mehr Verantwortung für Projekte mit unternehmerischem Risiko übernehmen. Ich nenne ausdrücklich den Flughafen Hahn und das Projekt Erlebnispark Nürburgring. In beiden Fällen geht es in strukturschwachen Regionen um tausende von Arbeitsplätzen.

III. Konjunkturpaket II

Die rheinland-pfälzische Landesregierung wird auch dem Konjunkturpaket II im Bundesrat zustimmen. Wir bewerten die Inhalte insgesamt positiv. Es enthält einen Mix von Maßnahmen wie z.B. das Investitionsprogramm, den Kredit- und Bürgschaftsrahmen, Steuersenkungen, die so genannte Abwrackprämie, staatliche Zuschüsse zur Krankenversicherung sowie Erhöhung von kinderbezogenen Leistungen. Sie alle sollen direkt oder indirekt die Konjunktur ankurbeln. Auch Beschäftigungssicherung durch Qualifizierung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern während der Kurzarbeit und andere zusätzliche Programme der Bundesagentur für Arbeit seien hier genannt.

Ich hätte mir allerdings eine stärkere soziale Komponente gewünscht, insbesondere bei der einmaligen Zahlung des Kinderbeitrages, 200 Euro statt 100 Euro, und eine stärkere Senkung der Sozialversicherungsbeiträge.

Schwerpunkt des Konjunkturpaketes II ist das Zukunftsinvestitionsgesetz. Für den Zeitraum 2009 bis 2011 stellt der Bund aus dem Gesamtpaket des Konjunkturprogramms von 50 Milliarden Euro 10 Milliarden Euro zur Verfügung, Länder und Kommunen weitere 3,3 Milliarden Euro. Direkte Bundesinvestitionen in Höhe von 4 Milliarden Euro kommen hinzu.

Das Investitionsprogramm wird rund 469 Mio. Euro Bundesmittel nach Rheinland-Pfalz bringen. Rund 156 Mio. Euro tragen Land und Kommunen dazu bei. Damit stehen für 2009 bis 2011 zusammen rund 625 Mio. Euro im Land zur Verfügung.

Mit diesem Gesamtinvestitionsvolumen wollen wir in Rheinland-Pfalz vor allem vier Ziele erreichen: Arbeitsplätze erhalten und Unternehmen helfen, die Infrastruktur modernisieren und nachhaltig investieren.

Dabei werden wir insbesondere Bildungsinvestitionen umsetzen, Energiesparen unterstützen, Barrierefreiheit ermöglichen und die Zukunftschancen der Dörfer und Städte verbessern.

Unsere Erfahrung und die gute Zusammenarbeit mit den Kommunen, der Wirtschaft, den Gewerkschaften, sozialen Einrichtungen und Hochschulen sind wichtige Bausteine zur schnellen und zur seriösen Umsetzung des Konjunkturpaketes II. Die Vorschläge der Landesregierung sind mit den kommunalen Spitzenverbänden, den Verbänden der Wirtschaft, den Gewerkschaften und den Kirchen intensiv besprochen worden.

IV. Das Investitionsprogramm – so gehen wir vor

Wir werden bei der Umsetzung des Investitionsprogramms folgendermaßen vorgehen:

Das Konjunkturpaket II wird voraussichtlich am 13. Februar im Bundestag und am 20. Februar in der Länderkammer beschlossen werden. Die Finanzierung teilt sich der Bund mit 75% sowie Länder und Kommunen mit 25%.

Der Schwerpunkt der Investitionen wird nach dem Gesetz zu 65% in Bildungseinrichtungen wie Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen sowie die Forschung gehen. Das sind bedeutsame Investitionen in die Zukunft. Sie bringen bessere Bedingungen für das Lernen und Studieren.

Ein sparsamer Umgang mit Energie dient dem Klima und ist wirtschaftlich. Energiesanierung ist ein durchgehender Schwerpunkt dieses Programms. Bildungsinvestitionen und ein anderer Umgang mit Energie und Rohstoffen sind im Interesse der nachfolgenden Generationen. Insbesondere Energieeffizienz finanziert sich zu einem erheblichen Teil durch Einsparungen selbst.

35% der Finanzhilfen sollen für die Modernisierung der Infrastruktur eingesetzt werden. Insgesamt werden über beide Investitionsschwerpunkte hinweg über 70% der Mittel für kommunalbezogene Projekte verwandt.

Wir wissen, dass viele Anträge für gute Projekte in den Schubladen liegen, für die bisher die Finanzierung fehlte.

Sie sollen uns – soweit noch nicht geschehen - das heißt die zuständigen Ministerien, bis Anfang April erreichen. Es ist sichergestellt, dass dann die Bewilligungsbescheide schnellstmöglich ergehen.

Vorzeitiger Baubeginn wird auf Antrag zugelassen. Mit den Investitionen kann sofort begonnen werden.

Jetzt haben wir die Möglichkeit, zusätzlich in die bauliche Qualität z.B. von Kindertagesstätten, Schulen, Hochschulen, Krankenhäusern, in den Städtebau, die Dorferneuerung, die Breitbanderschließung und in viele weitere Infrastrukturmaßnahmen zu investieren. Dabei haben wir bei den Verhandlungen mit dem Bund darauf geachtet, dass kirchliche und freigemeinnützige Träger davon nicht ausgeschlossen bleiben.

Die Förderung aus dem Konjunkturpaket II ist an Voraussetzungen gebunden. Es gibt klare Regeln für die Projekte, die das Bundesgesetz festlegen wird:

- sie müssen zusätzlich sein, d.h. noch nicht etatisiert und ausfinanziert sein
- sie müssen im Förderzeitraum zu realisieren sein; davon etwa 50% im Jahr 2009
- sie müssen spätestens im Jahr 2010 begonnen werden und bis Ende 2011 abgeschlossen werden
- sie müssen durch das Land an den Bund gemeldet werden
- sie werden vom Rechnungshof überprüft.

Das Land trägt gegenüber dem Bund für jedes geförderte Projekt die Verantwortung für eine den Fördervorgaben des Bundes in vollem Umfang entsprechende Mittelverwendung. Deshalb ist eine allgemeine pauschale Zuweisung der Fördermittel zu Gunsten der Kommunen – wie von einigen in den letzten Tagen gefordert – nicht sinnvoll. Diese Auffassung teilt die ganz überwiegende Mehrheit der Länder. Sie wäre angesichts der 2257 Ortsgemeinden, der 163 Verbandsgemeinden und der 36 Landkreise und kreisfreien Städte auch nicht praktikabel.

Im Bereich der Kindertagesstätten- und der Schulbausanierung werden wir nach einem sachbezogenen Verteilungsschlüssel ermittelte regionale Budgets - als besondere Ausprägung einer projektbezogenen Förderung - bereitstellen.

Folgende Leitlinien wird die Landesregierung bei der Umsetzung der Maßnahmen beachten:

1. Wir werden sehr verantwortungsvoll zusammen mit den Kommunen in die Zukunft investieren. Wir werden uns weiterhin eng mit den kommunalen

Spitzenverbänden abstimmen. Unter Federführung des Innenministeriums wird eine gemeinsame Arbeitsgruppe mit den kommunalen Spitzenverbänden eingerichtet, deren Ziel es ist, bei der Umsetzung aufkommende Fragen zeitnah und einvernehmlich zu klären.

2. Wir werden dafür Sorge tragen, dass alle Landkreise und kreisfreien Städte von diesen Investitionen profitieren.
3. Ein davon untrennbares Ziel ist es, den kleinen und mittleren Betrieben und damit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und ihren Familien zu helfen. Wir sichern Aufträge, damit Arbeit, Ausbildung und damit wiederum Lebensqualität.
4. Dabei wollen wir eindeutig jenen Betrieben helfen, die in dieser Krise in Bedrängnis geraten sind und aus eigener Kraft diese schwere Zeit nicht überstehen würden.
5. Wir verwenden die Mittel sehr achtsam. Das Geld darf nicht verschwendet werden. Es darf nicht versickern. Vor allem darf es nicht in unrentable und zukunftsferne Bereiche investiert werden.
6. Alle Beteiligten müssen effektiv und zielgenau zusammenarbeiten und die Projekte schnell umsetzen. Ebenso wie der Bund werden wir kurzfristig Genehmigungs- und Vergabeverfahren vereinfachen und dies gegebenenfalls auch gesetzlich regeln, damit die Projekte rasch realisiert werden können.
7. Die Ressorts sind für die konkreten Schwerpunkte des Programms zuständig. Das Finanzministerium ist einheitlicher Ansprechpartner für die Abwicklung und Abrechnung des Konjunkturpaketes II gegenüber dem Bund.
8. Die Landesverwaltung, insbesondere die Struktur- und Genehmigungsbehörden, die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion, die Landesbetriebe Mobilität und Liegenschaft und Baubetreuung, die Kommunalaufsicht im Innenministerium – alle beteiligten Stellen sind angehalten, eine schnelle Bearbeitungszeit zu garantieren und die Antragsteller bei der Umsetzung der Projekte umfangreich zu unterstützen.
9. Im Herbst werden wir den Fortschritt des Programms gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden evaluieren und gegebenenfalls nachsteuern.
10. Die Landesregierung bietet dem Landtag an, fortlaufend zu berichten.

V. Das Sonderprogramm

Gestern hat das rheinland-pfälzische Kabinett die Förderschwerpunkte des Sonderprogramms „Für unser Land: Arbeitsplätze sichern - Unternehmen unterstützen - nachhaltig investieren“ beschlossen:

1. Für den Förderschwerpunkt Bildung stehen rund 400 Mio. € zur Verfügung. Wir werden den Schwerpunkt auf kommunale Investitionen in den Bereichen Schulen und Kindertagesstätten legen. Aus dem Sonderprogramm werden Mittel sowohl für die Sanierung von Kindertagesstätten zur Verfügung gestellt als auch schwerpunktmäßig Mittel für die Schulsanierung und eine deutliche Steigerung der Mittel für Schulbaumaßnahmen.

Neben den Baumaßnahmen werden wir mit Blick auf die Zukunft des Forschungsstandorts Rheinland-Pfalz, aber auch und gerade mit Blick auf die Gewerkevielfalt, Mittel für die Modernisierung der IT-Ausstattung von Schulen, Hochschulen und Weiterbildungseinrichtungen zur Verfügung stellen. Wir werden beispielsweise die IT-Mittel in den Schulen verstärken. Dazu gehört die Weiterentwicklung unseres Programms „Medienkompetenz macht Schule“. Diese technische Verbesserung und die Bau- und Sanierungsmaßnahmen werden die Lernsituation an den Schulen nachhaltig verbessern. Für die Sanierung kommunaler Sportstätten, die von Schulen mitgenutzt werden, stehen 20 Mio. Euro zur Verfügung.

Weitere Mittel stehen zur Verstärkung des Hochschulbaus, aber auch für die Studierendenwerke zur Verfügung.

Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: alles kommt dazu. Die bisherigen Programme für den Schulbau und für den Hochschulbau, werden weiter geführt. Was im Haushalt steht, ist gesetzt, 400 Mio. € für Bildung kommen oben drauf.

2. Für den Förderschwerpunkt Infrastruktur stehen 210 Mio. Euro für Investitionen zur Verfügung.

162 Mio. Euro sollen in Projekte

- der Städtebauförderung, der Dorferneuerung, der IT-Infrastruktur,
- des Sportstättenbaues – auch der Vereine - und in die Förderung von Feuerwehren und Katastrophenschutz fließen.

Außerdem werden Investitionsmittel verwendet:

- für Einrichtungen für behinderte Menschen,
- für den Krankenhausausbau und –sanierung sowie Krankeneinrichtungen.

Hier setzen wir mit mehr als 80 Mio. Euro einen besonderen Akzent. Damit stärken wir die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung. Diese Investitionen sind ein wesentlicher Beitrag zur Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Qualität der jeweiligen Standorte und Regionen.

48 Mio. Euro sollen unmittelbar beim Land investiert werden in die energetische Sanierung von Verwaltungsgebäuden, die Erneuerung der IT-Ausstattung in der Justiz sowie die Einrichtung des Maßregelvollzugs.

Auch die weitere Breitbanderschließung im ländlichen Raum, die Förderung der Touristikinformationen und die Errichtung von Nah- und Fernwärmenetzen gehören dazu.

VI. Beteiligung finanzschwacher Kommunen

Finanzschwächeren Kommunen werden die gleichen Chancen auf Teilnahme an dem Sonderprogramm eingeräumt wie finanzstärkeren Kommunen. Wir werden bei einer Sachnähe zu den bestehenden Förderprogrammen bei den bisher gewährten Fördersätzen bleiben. Sie garantieren bisher schon, dass auch finanzschwächere Kommunen an ihnen teilhaben können. Für neu aufzulegende Förderprogramme streben wir eine nach wirtschaftlicher Leistungskraft gestaffelte Bemessung der kommunalen Eigenanteile an. Für besonders finanzschwache Kommunen unter Nachweis eines Haushalts-Fehlbedarfs von mindestens 5% in den letzten 3 Haushalts-Jahren bedeutet dies einen Eigenanteil von 10% bis maximal 20%.

Im Mittelpunkt der Planung steht der „Zukunftsinvestitionsfonds Rheinland-Pfalz“. Er umfasst die Mittel des Bundes, die Rheinland-Pfalz im Rahmen des Investitionsprogramms erhält sowie die Ko-Finanzierungsanteile von Land und Kommunen.

Mit diesem Fonds bieten wir den Kommunen an, ihren Eigenanteil in der sogenannten Auszahlungsphase des Konjunkturprogramms, also von 2009 bis 2011, als Darlehen durch das Land zinslos zwischen zu finanzieren.

Unser Ziel ist es, den Gemeinden und Gemeindeverbänden schon in 2009 einen möglichst baldigen Projektstart zu ermöglichen, auch ohne Nachtragshaushalt, um damit kostbare Zeit zu sparen.

Die vorfinanzierten Kommunalanteile werden erst ab 2012 innerhalb von 4 Jahren zu tilgen sein. Sie bleiben zinsfrei.

Dies gilt für alle Programme. Damit will das Land sicherstellen, dass die Kommunen die zusätzlichen Investitionen auch bei zurückgehenden originären Steuereinnahmen finanzieren können.

Und selbstverständlich bringt das Land bei seinen eigenen Projekten aus Landesmitteln die zu ergänzenden 25 % auf. Wir übernehmen zudem über die zinslose Vorfinanzierung der kommunalen Eigenanteile hinaus weitere 40% der Ko-Finanzierungsanteile des Sonderprogramms. Dies wird mit der Zinsbelastung insgesamt mehr als 80 Mio. Euro ausmachen. Damit wird das Land mit seinem Sonderprogramm seiner Mitfinanzierungsverpflichtung in einem weitaus größeren Umfang gerecht werden als dies der Bund verlangt.

VII. Nachtragshaushalt und gesetzliche Vorgaben

Zur Umsetzung des Sonderprogramms hat die Landesregierung gestern einen Nachtragshaushalt beschlossen. Er beinhaltet neben der Umsetzung des Zukunftsinvestitionsgesetzes auch eine Anpassung der Steuereinnahmenansätze an die drastisch verschlechterte gesamtwirtschaftliche Situation.

Das Nachtragshaushaltsgesetz sieht die Schaffung des dargestellten „Zukunftsinvestitionsfonds“ vor. Für die Haushaltsjahre 2009/2010 werden neben den Bundesmitteln in Höhe von rund 469 Mio. Euro komplementäre Landesmittel von rund 156 Mio. Euro eingestellt. Der Landesanteil wird gedeckt durch Entnahmen aus der im Haushaltsjahr 2008 in Höhe von 177 Mio. Euro gebildeten Konjunkturausgleichsrücklage. Es erweist sich als klug, dass Landesregierung und Mehrheitsfraktion rechtzeitig Vorsorge getroffen haben.

Damit werden wir – entsprechend den Annahmen des Bundes für seinen Nachtragshaushalt – die zu erwartenden Steuermindereinnahmen in Höhe von 472 Mio. Euro in 2009 und von 732 Mio. Euro in 2010 sowie die in 2010 zu veranschlagenden Mindereinnahmen aus Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen in Höhe von 31 Mio. Euro veranschlagen.

Zur teilweisen Gegenfinanzierung wollen wir die gebildeten Ausgleichsrücklagen vor allem aus 2007 in Höhe von insgesamt 275 Mio. Euro verwenden.

Auch hier erweist es sich als klug, Vorsorge getroffen zu haben. Das erlaubt uns auch unter diesen äußerst schwierigen Bedingungen für das Land die verfassungsgemäße Kreditobergrenze einzuhalten.

Die Landesregierung ersucht den Landtag, möglichst schnell über den Nachtragshaushalt und die notwendigen Begleitgesetze für die Umsetzung des Sonderprogramms zu entscheiden. Dazu werden auch gesetzliche Regelungen gehören, die den Kommunen erlauben, ihre Projekte ohne Nachtragshaushalte zu realisieren. Aus Gründen der Rechtssicherheit wird die Landesregierung auch zu den Finanzierungsanteilen finanzschwacher Kommunen eine gesetzliche Regelung vorschlagen. Nur so können die Maßnahmen rasch greifen.

VIII. Alle mitnehmen – alle beteiligen

Mit dieser Regierungserklärung will ich dazu beitragen, dass unsere Anstrengungen transparent und nachvollziehbar sind, die wir gemeinsam mit vielen Partnern unternehmen.

Die zügige und erfolgreiche Umsetzung des Investitionsprogramms in Rheinland-Pfalz ist eine große gemeinsame Aufgabe.

Allen Beteiligten bietet die Landesregierung einen Pakt für unser Land, einen „Pakt für Rheinland-Pfalz“ an. Konkret bedeutet dies: Die am Pakt Beteiligten bringen ihren Sachverstand ein und beraten die Landesregierung bei der Steuerung der Handlungsfelder im Rahmen des Konjunkturprogramms.

Wir übernehmen mit unserer Politik die Verantwortung dafür, dass die Mittel des Sonderprogramms in Rheinland-Pfalz bei den Menschen ankommen. Diese Maßnahmen und die damit zusammen hängenden Leistungen werden vielen Menschen Arbeit geben und zum Erhalt der Arbeitsplätze beitragen.

Auch die politische Kultur wird sich in Folge dieser Krise, da bin ich mir sicher, in den kommenden Jahren verändern müssen.

Notwendig ist eine Besinnung auf

- eine neue Kultur der Verantwortung, in der das Profitieren von Chancen mit dem Tragen von Risiken einhergeht;
- eine Kultur der Nachhaltigkeit, in der wieder der langfristige Nutzen und nicht der kurzfristige Gewinn - in der Wirtschaft, aber auch in der Politik im Mittelpunkt steht und
- eine Kultur der Fairness und Solidarität, die alle am Wohlstand teilhaben lässt.

Die Landesregierung wird hierzu ihren Beitrag leisten. Zur erfolgreichen Umsetzung des Programms erbitte ich Ihre Unterstützung.

Hierfür bedanke ich mich bereits heute.